



Detailansicht des Registereintrags

Free Software Foundation Europe e.V.

Aktuell seit 30.04.2026 12:28:44

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007359
Ersteintrag:	05.05.2025
Letzte Änderung:	30.04.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.04.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Revaler Str. 19 10245 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493027595290 E-Mail-Adressen: contact@fsfe.org Webseiten: https://fsfe.org/ https://publiccode.eu/ https://reuse.software/ https://deviceneutrality.org/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,05

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Matthias Kirschner**
Funktion: Präsident
2. **Heiki Löhmus**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Johannes Näder**
2. **Alexander Sander**

Gesamtzahl der Mitglieder:

22 Mitglieder am 11.10.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (1):

1. European Digital Rights (EDRi)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (8):

EU-Gesetzgebung; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Freie Software, Technologische Souveränität

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die FSFE führt Gespräche mit Abgeordneten und Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung, erstellt Stellungnahmen, beteiligt sich an Konsultationen bzw. öffentlichen Anhörungen und initiiert öffentlichkeitswirksame Kampagnen wie „Public Money? Public Code!“. Ziel ist es, politische Entscheidungsträger:innen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene über die gesellschaftliche Bedeutung Freier Software aufzuklären, gesetzliche und politische Rahmenbedingungen zu verbessern sowie Hindernisse für deren Einsatz im öffentlichen Sektor zu beseitigen. Dadurch unterstützen wir die Politik und öffentliche Verwaltung auf dem Weg aus der Abhängigkeit von einzelnen Herstellern zur Gestaltbarkeit öffentlicher IT-Infrastruktur durch Freie Software.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Public Money? Public Code!

Beschreibung:

Mit öffentlichen Geldern für öffentliche Verwaltungen entwickelte Software muss unter Freie-Software-Lizenzen veröffentlicht werden. Dieses als „Public Money? Public Code!“ bekannte Prinzip muss gesetzlich verankert und umgesetzt werden. Nur so kann die Abhängigkeit öffentlicher Verwaltungen von proprietärer Software und ihren Herstellern gelöst und technologische Souveränität erreicht werden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Freie Software, Technologische Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503120023 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. Freie Software und ZenDiS langfristig finanziell absichern

Beschreibung:

Statt Milliarden in proprietäre Lizenzen zu investieren und damit bestehende Abhängigkeiten zu zementieren, muss die Bundesregierung die Finanzierung Freier Software für den öffentlichen Sektor langfristig sichern, sowohl in der öffentlichen Vergabe als auch durch gezielte Förderung zentraler Infrastruktur. Das Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) spielt eine wichtige Rolle beim Einsatz für Freie Software in Deutschland. Das ZenDiS braucht daher ein langfristiges, stabiles Budget, um öffentliche Verwaltungen weiterhin auf dem Weg zu technologischer Souveränität durch Freie Software zu unterstützen.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Freie Software, Technologische Souveränität

3. Freie-Software-Verwaltungskompetenzen stärken, Zivilgesellschaft einbeziehen

Beschreibung:

In vielen Verwaltungen und in der Zivilgesellschaft gibt es bereits heute Kompetenz zu Beschaffung und Einsatz Freier Software. Die Bundesregierung muss diese Ressourcen für die Breite der öffentlichen Verwaltung nutzbar machen. Vorhandene Kompetenzen in Freie-

Software-Communities und in der Zivilgesellschaft müssen dabei strategisch einbezogen werden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Freie Software, Technologische Souveränität

4. **Public Money? Public Code! - Fortschritt messbar machen!**

Beschreibung:

In öffentlichen Verwaltungen müssen Daten zur Beschaffung, Nutzung und dem Anteil Freier Software erhoben und veröffentlicht werden. Diese Statistiken ermöglichen ein effektives Fortschrittsmonitoring bei der Erhöhung des Anteils Freier Software im öffentlichen Sektor.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Freie Software, Technologische Souveränität

5. **Deutschland-Stack als Freie Software**

Beschreibung:

Der "Deutschland-Stack" ist ein Vorhaben der Bundesregierung zur Definition, Entwicklung und Beschaffung einer digitalen Infrastruktur für die öffentliche Verwaltung. Ziel der FSFE-Interessenvertretung ist die Ausgestaltung der zugrunde liegenden Kriterien, Architekturvorgaben und Beschaffungsprinzipien, insbesondere die verbindliche Festlegung von Freier Software als Voraussetzung für alle Komponenten, die Verwendung offener, mit Freier Software kompatibler Standards und Schnittstellen sowie der Ausschluss proprietärer Abhängigkeiten im Rahmen der Konzeption, Umsetzung und Weiterentwicklung des Deutschland-Stacks.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Freie Software, Technologische Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2604290031** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.11.2025 an:

Bundesregierung

2. SG2604290032 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **EU, vertreten durch die Europäische Kommission**

Europäische Union

Brüssel, Belgien

Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro

Zuschuss im Rahmen der „Next Generation Internet“-Initiative (EU-Forschungsprogramm Horizon Europe, HORIZON.2.4.6) zur finanziellen und technischen Unterstützung von Wissenschaftlern und Entwicklern, die an Freier Software für ein offenes, sicheres Internet der nächsten Generation arbeiten. Die FSFE ist Partnerorganisation der NGIO-Koalition unter Leitung der NLnet Foundation.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

3.080.001 bis 3.090.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. **Wiesemann, Reinhard**

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Geldspende

2. **Wiesemann, Reinhard**

Betrag: 2.060.001 bis 2.070.000 Euro

Sachspende

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[FSFE-Jahresabschluss-2024.pdf](#)